Das Ende des sicheren Hafens?

Golfstaaten Der Iranschock gefährdet nicht nur die Energieversorgung am Persischen Golf. Es stürzt das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten in eine strukturelle Krise. Von **Viktoria Reich**



Am 18. März verbreiten sich Videos aus Ras Laffan weltweit in den sozialen Medien. Zu sehen sind Explosionen und meterhohe Rauchwolken über der katarischen LNG-Anlage, dem größten Exportzentrum für Flüssiggas der Welt. Eine iranische Rakete hat den zentralen Gaskomplex getroffen. Innerhalb weniger Stunden gerät ein erheblicher Teil der weltweiten LNG-Versorgung ins Stocken.

Für Katar ist der Angriff ein ökonomischer Schock historischen Ausmaßes. Der staatliche Energiekonzern QatarEnergy könnte Schätzungen zufolge jährlich Umsatzeinbußen von bis zu 20 Milliarden US-Dollar verzeichnen. Reparaturen an der Infrastruktur dürften Jahre dauern. Doch der Angriff trifft nicht nur eine Gasanlage. Er erschüttert das zentrale Versprechen der Golfökonomien: die Stabilität. Der Nahe Osten galt jahrzehntelang als verlässlicher Energie- und Investitionsstandort.

Seit Beginn der Angriffe Ende Februar wurden laut Internationaler Energieagentur mehr als 80 Energieanlagen in der Golfregion getroffen. Neben Katar meldeten auch Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate Schäden an kritischer Infrastruktur. Auch hier könnte der Wiederaufbau laut dem Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur Jahre dauern. Laut Schätzun-



Lagertanks im Hafen von Dubai.

gen könnte der Konflikt insgesamt bereits wirtschaftliche Schäden von bis zu 58 Milliarden US-Dollar verursacht haben.

Der Energieexperte Justin Dargin vom Middle East Council on Global Affairs spricht deshalb nicht von einem typischen Ölpreisschock, sondern von einem strukturellen Wendepunkt für die gesamte Region. »In Wirklichkeit gibt es hier keine klaren Gewinner«, sagt Dargin. Entscheidend sei nun, welche Staaten über alternative Exportwege und ausreichende Finanzreserven verfügen.

Saudi-Arabien stabiler als seine Nachbarn

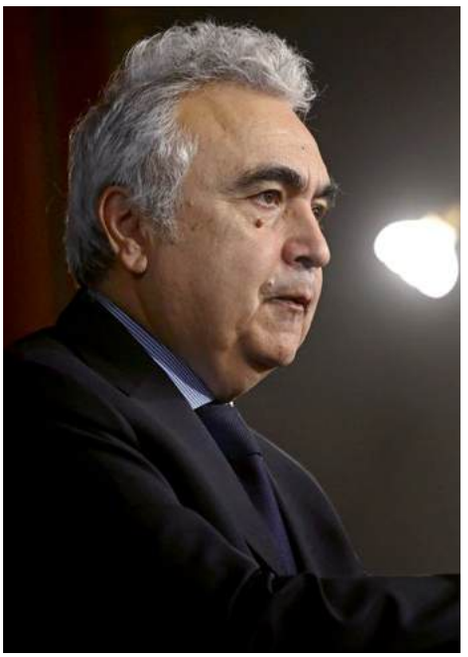
Saudi-Arabien befinde sich derzeit aufgrund der hohen Ölpreise und seiner größeren Exportflexibilität in einer vergleichsweise starken Position. Das Königreich kann einen Teil seiner Exporte über die Ost-West-Pipeline zum Roten Meer umleiten und so die Abhängigkeit von der Straße von Hormus reduzieren. Rund sieben Millionen Barrel pro Tag kann das Land so an die Westküste transportieren. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate verfügen über alternative Exportwege, allerdings mit deutlich geringerer Kapazität. Die Emirate können lediglich etwa 1,2 Millionen Barrel pro Tag an Hormus vorbeileiten.

Andere Staaten trifft die Krise deutlich härter. Als besonders verwundbar gilt der Irak, dem laut Dargin finanzielle Reserven und alternative Infrastruktur fehlen. Zwar wurde die Pipeline von Kurdistan in Richtung Türkei erst kürzlich wieder in Betrieb genommen, die aktuell nutzbare Kapazität bleibt mit rund 200.000 Barrel pro Tag jedoch begrenzt.

Hinzu kommen langfristige Schäden an den Förderfeldern selbst. Selbst wenn Ölfelder kurzfristig wieder geöffnet würden, blieben langfristige Schäden bestehen. Denn wenn Öl- und Gasfelder über längere Zeit stillgelegt werden, sinkt der Druck in den Lagerstätten, was die spätere Wiederaufnahme der Förderung erschweren und teilweise dauerhaft beeinträchtigen kann. »Die Öl- und Gasförderung lässt sich nicht beliebig an- und abschalten«, sagt Dargin. Selbst ein rasches Ende der Kämpfe würde deshalb keine schnelle Rückkehr zur Normalität garantieren. Als besonders verwundbar gelten dabei irakische Förderanlagen, während Saudi-Arabien schneller zur Normalproduktion zurückkehren könnte.

Hormus wird zum globalen Risiko

Besonders gravierend sind die Folgen der Blockade der Straße von Hormus. Normalerweise passieren etwa 20 Prozent des weltweit gehandelten Öls und ein erheblicher Teil des globalen LNG-Handels die Meerenge zwischen Iran und Oman. Einschränkungen im Schiffsverkehr treiben deshalb nicht nur Energiepreise, sondern auch Versicherungs- und Transportkosten weltweit nach oben. Der Chef der Internationalen Energieagentur, Fatih Birol, bezeichnete die Situation bereits als »größte Energiekrise der Geschichte«.



Der Chef der Internationalen Energieagentur Fatih Birol

Besonders kritisch ist die Lage für Katar. Anders als Öl lässt sich Flüssiggas kurzfristig kaum umleiten. LNG benötigt spezialisierte Exportterminals und Tanker sowie langfristig geplante Lieferketten. Fällt ein zentraler Anbieter wie Katar aus, reagieren die Märkte deutlich empfindlicher als bei Unterbrechungen im Ölhandel.

Händler rechnen bereits mit steigenden Risikoaufschlägen für Lieferungen aus dem Golf, während asiatische Staaten aggressiver um verfügbare LNG-Ladungen konkurrieren. Besonders seit dem Rückgang russischer Gaslieferungen ist Katar für Europas Energieversorgung wichtiger geworden.

Die Folgen reichen weit über die Energiemärkte hinaus. Höhere Öl- und Gaspreise treiben weltweit Transport- und Produktionskosten nach oben. Reedereien meiden zunehmend die Region oder verlangen hohe Risikoaufschläge. Bereits jetzt steigen die Kosten für Tankerversicherungen und Frachtraten deutlich. Solche Aufschläge nutzen Unternehmen, um ihre eigenen Preise anzuheben und die Belastung an die Verbraucher weiterzugeben. In Krisenzeiten können Unternehmen solche Preissteigerungen oft leichter durchsetzen und dadurch ihre Gewinnmargen ausbauen. Dadurch steigt das Preisniveau in der gesamten Wirtschaft. Es handelt sich um eine angebotsgetriebene Inflation, eine sogenannte »Seller's Inflation« oder Verkäuferinflation.

Damit wächst auch die Gefahr einer neuen globalen Inflationswelle. Höhere Energiepreise verteuern die Produktion, den Transport und Lebensmittel. Die Zentralbanken im asiatisch-pazifischen Raum dürften wegen des Ölpreisschocks durch den Nahostkrieg vorerst vorsichtig bleiben. Laut dem Finanzdienstleister Moody's Analytics rechnen viele Notenbanken zwar mit steigender Inflation, wollen angesichts der schwachen Konjunktur ihre Geldpolitik jedoch zunächst nicht verschärfen. Mehrere Zentralbanken könnten geplante Zinssenkungen verschieben, während steigende Energiepreise vor allem asiatische Importländer treffen würden. Nach Schätzungen der US-Energiebehörde EIA waren 2024 rund 84 Prozent des durch die Straße von Hormus transportierten Rohöls für asiatische Märkte bestimmt. China, Indien, Japan und Südkorea vereinten dabei rund 69 Prozent der gesamten Öltransporte durch die Meerenge auf sich und gelten deshalb als besonders anfällig für mögliche Versorgungsunterbrechungen. China bezieht etwa die Hälfte seines Rohöls aus dem Nahen Osten und war mit 5,4 Millionen Barrel täglich die wichtigste Zielregion. Auch Indien bezieht 54 Prozent seiner Rohölimporte über die Meerenge von Hormus. Hinzu kommen rund 60 Prozent der Erdgasimporte und etwa 90 Prozent des Flüssiggases.

> Selbst wenn Ölfelder wieder geöffnet würden, blieben langfristige Schäden bestehen.

Das Geschäftsmodell der Golfstaaten gerät unter Druck

Für die Golfstaaten ist das mehr als eine Energiekrise. Über Jahrzehnte beruhte ihr Wohlstand auf der Annahme, dass Energieexporte aus der Region jederzeit verlässlich möglich sind. Genau dieses Vertrauen beginnt nun zu bröckeln.

Das trifft ausgerechnet jene Staaten, die sich in den vergangenen Jahren neu erfinden wollten. Saudi-Arabien und die Emirate investier-

ten Milliarden in Tourismus, Logistik, Airlines, Sport, Technologie und Finanzdienstleistungen. Der Golf sollte sich vom Rohstoffexporteur zu einem globalen Investitions- und Dienstleistungszentrum entwickeln.

In Dubai, Doha und Abu Dhabi brechen Touristenzahlen ein, Zehntausende Flüge wurden gestrichen. Der Krieg kostet die Tourismusbranche in den Golfstaaten viele Millionen Dollar. Nach Schätzungen des Welttourismusverbandes verliert der Nahe Osten seit Kriegsbeginn täglich rund 600 Millionen US-Dollar an Tourismuseinnahmen. Über die international bedeutsamen Flughäfen in Dubai, Abu Dhabi, Doha und Bahrain kämen normalerweise rund 526.000 Passagiere pro Tag, so der Verband.

Ausgerechnet das neue Wirtschaftsmodell der Golfstaaten wird nun also zur Schwachstelle. Der Energieexperte Justin Dargin warnt davor, dass die Region ihren Ruf als stabiler Standort für langfristige Investitionen verlieren könnte. Zukunftsorientierte Sektoren wie Rechenzentren, Künstliche Intelligenz und Finanzdienstleistungen könnten von anhaltender Instabilität besonders betroffen sein.

Internationale Unternehmen könnten Investitionen künftig stärker in politisch stabilere Regionen verlagern, etwa in die USA oder nach Europa. Für die Golfstaaten wäre das ein strategischer Rückschlag, denn ihre Diversifizierungsprogramme beruhen auf der Annahme langfristiger Stabilität.



Turm der North Oil Company in Katar.

Für die Golfstaaten ist der Iranschock mehr als eine Energiekrise.

Neue Gewinner der Krise

Gleichzeitig schafft die Krise strategische Gewinner. »Vor allem die US-amerikanische LNG- und Ölindustrie profitiert vom Konflikt am Golf«, sagt Dargin. Fielen Lieferungen aus Katar längerfristig aus, könnten US-Anbieter zusätzliche Marktanteile übernehmen und Europas strukturelle Abhängigkeit von amerikanischem Flüssiggas weiter vertiefen.

Auch die Türkei könnte geopolitisch an Bedeutung gewinnen. Ankara versucht seit Jahren, sich als Energie-Hub zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten zu etablieren. Sollte der Persische Golf langfristig als unsicher gelten, könnten alternative Transitkorridore über die Türkei strategisch wichtiger werden. Dazu zählen die Irak-Türkei-Pipeline ebenso wie mögliche neue Gasverbindungen aus dem östlichen Mittelmeer oder aus Katar in Richtung Europa. Vor allem europäische Staaten dürften künftig stärker nach Energierouten suchen, die die Straße von Hormus umgehen.

Wirtschaftlich bleibt das Land allerdings verwundbar. Die Türkei importiert einen Großteil ihrer Energie und reagiert deshalb empfindlich auf steigende Öl- und Gaspreise. Höhere Energiekosten verschärfen Inflation und Druck auf die türkische Lira. Hinzu kommt die Unsicherheit für den Tourismus- und Luftfahrtsektor, die für die türkische Wirtschaft wichtige Devisenquellen darstellen. Ankara könnte geopolitisch also an Einfluss gewinnen, wirtschaftlich aber gleichzeitig stärker unter Druck geraten.

Die wichtigste Lehre aus der Krise fasst Dargin in zwei Worten zusammen: »Redundanz und Diversifizierung.« Seit Jahrzehnten, so argumentiert er, verlasse sich die Weltwirtschaft zu stark auf wenige strategische Energiekorridore. Kurzfristig dürfte der Ausbau alternativer Pipelines und LNG-Terminals sowie resilienterer Lieferketten an Bedeutung gewinnen.

Langfristig könnte der Konflikt jedoch auch die Energiewende beschleunigen. Dargin verweist auf die Ölkrise von 1973, die massive Investitionen in Kernkraft und Erneuerbare Energien auslöste. In ähnlicher Weise könnten Länder nun versuchen, ihre Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe aus geopolitisch instabilen Regionen zu verringern. Vor allem in Europa und Asien werde Energiesicherheit zunehmend als Frage der nationalen Sicherheit verstanden und dürfte sich in den kommenden Jahren zu einem noch stärkeren Argument für den schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien entwickeln, so Dargin. Selbst Erdgas, lange Zeit als vergleichsweise sicherer »Brückenbrennstoff« betrachtet, könnte dadurch an Attraktivität verlieren.

Der Krieg gegen Iran markiert damit womöglich mehr als eine regionale Eskalation. Er zeigt, wie abhängig die Weltwirtschaft weiterhin von wenigen strategischen Korridoren ist und wie fragil das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten trotz aller Diversifizierungsversuche geblieben ist. Die Kombination aus zerstörter Infrastruktur, Produktionsausfällen, hohen Energiepreisen und gestörten Lieferketten dürfte den Nahen Osten noch über Jahre prägen. Neu ist das Risiko allerdings nicht. Schon seit den 1990er Jahren entwerfen Strategen Szenarien für eine Blockade der Straße von Hormus. »Die Anfälligkeit ist seit Langem bekannt«, sagt Dargin. »Doch trotz jahrzehntelanger Warnungen hat die Weltwirtschaft nur begrenzte Alternativen zu diesem Engpass entwickelt.« ●

VIKTORIA REICH arbeitet als freie Journalistin. Sie hat Jura studiert und schreibt über Rechtspolitik, soziale Ungleichheit und gesellschaftlichen Wandel.

600 Mio. US-Dollar

täglich verliert der Nahe Osten seit Kriegsbeginn an Tourismuseinnahmen.

Quelle: Welttourismusverband